



LANDESMUSIKRAT  
BERLIN

## PRESSEMITTEILUNG

Der Landesmusikrat Berlin begrüßt den Aufruf zu einer Demonstration für grundlegende Verbesserungen der Berliner Schulen und „mehr Bildung von Anfang an“ und ruft dazu auf, sich dem breiten Bündnis aus SchülerInnen, Eltern sowie LehrerInnen und ErzieherInnen für die Demonstration am 10. September 2011 anzuschließen.

Die Situation der kulturellen Bildung insgesamt wie der Musikalischen Bildung im Besonderen in den Bildungseinrichtungen – Vorschule, Schule wie außerschulischer Bereich – ist desolat, trotz punktueller Maßnahmen. Das gilt insbesondere für die künstlerischen Fächer, die für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung unerlässlich sind, denn: **Ohne Musik keine Bildung.**

Dabei geht es um

- Kontinuierliche musikalische Bildungsangebote in allen Kitas durch qualifizierte Fachkräfte. Diese befördern zudem den Spracherwerb und das soziale Verhalten.
- Kooperationen mit außerschulischen Musikeinrichtungen als wichtige Bereicherung, doch unter grundsätzlicher Absicherung des kontinuierlichen, mindestens zweistündigen Musikunterrichts, erteilt von Fachleuten: Jedem Kind seinen voll ausgebildeten Musiklehrer während der ganzen Schulzeit.
- Entwicklung eines Berliner Modells „Jedem Kind sein Instrument /Jedem Kind seine Stimme“ und dessen zügige Umsetzung.

Wir unterstützen das erklärte Ziel des Senats, in die Ganztagschule zusätzliche kulturelle und insbesondere musikalische Angebote zu integrieren. Dies erfordert:

- Entwicklung der dazu notwendigen schulischen Organisationsstrukturen, Schaffung von Kooperationsmodellen mit Musikschulen, pädagogische Gleichstellung der Lehrkräfte, Verfügbarkeit von Instrumenten, angemessene Zeitschienen und funktionierende Verfahrensweisen, ohne dass sie auf zusätzliche (unbezahlte) Mehrarbeit hinauslaufen.
- Garantie der Kostenfreiheit dieser Angebote im schulischen Rahmen, wenn diese Angebote auch Kinder aus sog. bildungsfernen Familien erreichen sollen.

Die Musikschulen, begehrter Lernort vieler Kinder und Jugendlichen, müssen viele von denen, die lernen wollen, zurückweisen. Dieser sträfliche Umgang mit jugendkulturellen Bedürfnissen erfordert:

- Abbau der Wartelisten von derzeit mindestens 8.000 Interessierten, die auf einen Unterrichtsplatz warten,
- Neueinstellung, Festanstellung und bessere Bezahlung von Musikschullehrern, von denen viele – trotz langer Hochschulausbildung – am Rande des Sozialhilfeniveaus leben müssen.

**„Die Politik ist dabei zu begreifen, dass die Musikalische Bildung gestärkt werden muss“,** unterstreicht der Präsident des Landesmusikrats Dr. Hubert Kolland. **„Der zukünftige Senat muss die Chance nutzen, hier wirkliche Akzente zu setzen. So ist die Realisierung eines Berliner Modells ‚Jedem Kind sein Instrument‘ überfällig“.**

Berlin, 6. September 2011